

Vortrag auf der Konferenz: „Aus der Geschichte lernen? Erinnerungskultur als Weg zu einer europäischen Verständigung“ vom 27. bis 30. Oktober 2016 in Warschau:

## **Erinnerungskultur in Belarus (1988–2016): Von der Spaltung zum konservativen Konsens?**

**Alexej Bratotschkin, Zentrum für Geschichte der Öffentlichkeit am European College of Liberal Arts in Belarus (Minsk)**

Wir sprechen heute über die postsozialistische Erinnerungskultur in Belarus. Wenn auch kein einheitliches Muster oder Modell der Erinnerungskultur für die ehemaligen Ostblockstaaten und alle früheren Teile der UdSSR existiert, so gibt es doch in der Dynamik ihrer Erinnerungskultur Parallelen. Selbstverständlich ist die „neue“ Erinnerungskultur damit verbunden, was zuvor, in der Periode des Spätsozialismus, praktiziert wurde.

Somit können wir bei der Erörterung der Problematik der Erinnerungskultur in Belarus und ihrer Dynamik eine Reihe von Fragen formulieren:

*Wie ist die Dynamik der Erinnerungskultur und -politik in Belarus unter den Bedingungen des Autoritären beschaffen? Welche Terminologie eignet sich zur Beschreibung dieser Dynamik und eines möglichen Modells der Erinnerungskultur im belarussischen Kontext? Inwieweit ist zum Beispiel das von Aleida Assmann am Beispiel Deutschlands beschriebene Modell der „Erinnerungskultur“ auf den belarussischen Kontext übertragbar? Welche Akteure können auf die Politik der Erinnerung im Land Einfluss nehmen? Ist die Möglichkeit einer öffentlichen Debatte über die Fragen, die mit dem historischen Gedächtnis verbunden sind, gegeben und wie wird sie vollzogen und vieles mehr?*

*Gleichzeitig versuche ich, die verschiedenen Perioden der offiziellen Erinnerungspolitik in Belarus zu betrachten, ausgehend von der Idee, dass die Spaltung des kulturellen Gedächtnisses, die in den 1990er Jahren erfolgte, heute allmählich überwunden wird. Jedoch ist das Modell der „gesamtnationalen“ Gedächtniskultur, das sich herauskristallisiert, weniger in der Einigkeit über die historischen Ereignisse begründet, als vielmehr in den unterschiedlichen Vorgehensweisen, auf jenes Gedächtnis symbolischen Druck auszuüben, das nicht in die konkurrierenden Identitätsmodellen passt.*

Zunächst sollten jedoch eine Reihe von Einschränkungen sowohl für diesen Vortrag im Besonderen als auch für die Erforschung der Erinnerungskultur in Belarus im Allgemeinen formuliert werden. Bei uns ist der Zuständigkeitsbereich der *memory studies* faktisch nicht institutionalisiert. Erst seit Mitte des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre erschienen die ersten akademischen Veröffentlichungen zu diesem Thema, als deren Quelle die „unabhängige Historiographie“ diente: die Publikationen von Gennadij Saganowitsch, Alexander Smolentschuk, Tatjana Ostrowskaja und die Sondernummer der Zeitschrift „ARCHE“. Über die Problematik des historischen Gedächtnisses schrieben die Vertreter der „unabhängigen

Soziologie“: Alexej Lastoŭski, Nadeschda Jefimowa und andere. Es gab keine regelmäßigen Erhebungen zu dieser Thematik in repräsentativem Umfang. Daher werde ich mich in meinem Vortrag darauf konzentrieren, zu beschreiben, wie der offizielle Gedächtnis-Diskurs sich verändert hat. Dabei versuche ich auch, das Augenmerk auf die Diskurse anderer Akteure zu richten (zum Beispiel einer Reihe von politischen Parteien) und auf einige Initiativen.

### **Die neue Erinnerungskultur (1988–1994): Versuche der Institutionalisierung neuer Zugänge zur Vergangenheit, die Spaltung der Gesellschaft und der Gedächtniskultur**

Die Herausbildung einer postsozialistischen Erinnerungskultur in Belarus begann Ende der 1980er Jahre, mit der Periode des Spätsozialismus und den Diskussionen über den Stalinismus. 1988 tauchte ein neuer und wegweisender Gedächtnisort in der BSSR auf – das Gelände von Kurapaty bei Minsk, ein Ort, an dem in den dreißiger Jahren Massenerschießungen durchgeführt worden waren. Mit der Geschichte von Kurapaty sind auch die ersten Massenproteste in der BSSR verbunden. Das war die Zeit der „Entkolonialisierung des Gedächtnisses“ in Osteuropa, wie Pierre Nora es formulierte, der Befreiung der Erinnerung von kolonialen Narrativen.

Die Analyse der antikolonialen und antikommunistischen Diskurse der Historiker, Politiker und Aktivisten, die Kurapaty in der Gesellschaft publik machten und zugleich als Akteure einer nationalen Bewegung auftraten, der Belarussischen Nationalen Front (BNF), ist von besonderer Bedeutung für das Verständnis dessen, was nach dem Zerfall der UdSSR in Belarus im Bereich der Erinnerungskultur und mit Orten wie Kurapaty geschah.

Am Beispiel des deutschen Modells der „Erinnerungskultur“, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg über einen langen Zeitraum hin herausgebildet hat, sehen wir, dass es ebenfalls in einem bestimmten Kontext entstand, nämlich der „Generation der 68er“, und dessen Folgen. Dieses Modell des Erinnerns war mit bestimmten Identitätsmodellen verbunden, und so sollten wir auch im belarussischen Kontext die Genealogie des Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre entstehenden Modells der Erinnerungskultur, das der Gesellschaft angeboten wurde, zu lokalisieren suchen.

Die Autoren dieses Modells der Erinnerungskultur stammten aus der UdSSR, aus der belarussischen/ sowjetischen Intelligenz und sogar aus sowjetischen Parteistrukturen. Die Arbeit am kollektiven Gedächtnis wurde von ihnen mit dem Prozess der „gelenkten Entstalinisierung“ (Nicolas Werth) nach 1956 assoziiert. (Ein Teil der Akteure der BNF gehörte der „Generation der Sechziger“ an.) Die christlichen Konnotationen waren dominant, das Gedenken wurde in Begriffe wie „Buße“ gefasst (großen Einfluss hatte darauf der Film „Buße“ von Tengiz Abuladze von 1984; auf einer der Demos in Kurapaty 1988 wurden Szenenbilder aus dem Film als Plakate verwendet), solange es keine andere „Sprache“ zum Ausdruck der Problematik von „Schuld und Verantwortung“ gegenüber der Vergangenheit gab. Auf dieser religiös gefärbten „Sprache“ basierte der Diskurs der Nation, der „nationalen Wiedergeburt“. Das Repertoire der diskursiven Praktiken schloss auch Begriffe wie „Genozid“ ein, der noch aus sowjetischer Zeit präsent war, sowie rhetorische Formeln des sowjetischen Humanismus.

Die neue Form der Erinnerungskultur, wie auch die Erzählungen über die Verbrechen Stalins und die Sowjetära, wurden faktisch diesem Konzept der nationalen Identität unterworfen, das man Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre favorisierte.

Die Problematik ist komplex. Auf der einen Seite hatten die Diskussionen über den Stalinismus und die traumatischen Perioden des 20. Jahrhunderts begonnen, auf der anderen Seite waren diese Diskussionen in mancher Hinsicht eingeschränkt: *durch ihre starke Politisierung führten sie zu politischer und inhaltlicher Vereinfachung des Gedächtnis-Modells.* Die Diskussionen konzentrierten sich auf die „Leiden“ der kulturellen Hauptgruppe, der Belarussen, – Leiden, die ihren Ausdruck erst in der postsowjetischen „Nation“ fanden.

Es lässt sich auch sagen, wie diese Vereinfachung vor sich ging. Innerhalb der Gruppe der Intelligenz, die von diesen Leiden berichtete, war anfänglich der Impuls zur Inklusivität angelegt. Bekannt ist die Rede Wassil Bykows aus dem Jahr 1988, der davon sprach, "dass man vor allem die Wahrheit über Millionen namenloser Menschen in Belarus sagen muss, Arbeiter, Kolchosarbeiter, Intelligenzija aus dem Volk, Belarussen, Russen, Polen, Juden, Menschen anderer Nationalität, die in den Jahren des Stalinismus ohne Schuld, ohne Recht, ohne Spur aus dem Gedächtnis des Volkes ausgelöscht wurden. Zum Symbol jener, die ausgelöscht wurden, ist heutzutage das berüchtigte Kurapaty geworden. Aber Kurapaty ist nur ein Tropfen im Meer des menschlichen Blutes." Jedoch fand die Inklusivität des Gedächtnisses keine Fortsetzung, in erster Linie bedingt durch die Vermengung des nationalen Diskurses mit dem politischen.

Michail Bitch veröffentlichte 1993 in der ersten Ausgabe der „Belarussischen Historischen Zeitschrift“ einen Artikel über die nationale Konzeption der Geschichte und die historische Bildung in Belarus, in dem das gewaltige Ausmaß der Arbeit an der „Wiederherstellung“ des historischen Gedächtnisses beschrieben und die traumatischen Perioden der nationalen Geschichte benannt wurden. Jedoch werden die einzelnen ethnischen Gruppen, die in Belarus gelebt haben, gar nicht mehr erwähnt, der Artikel ist orientiert an der Konstruktion eines Narrativs der Geschichte der Belarussen als der kulturell dominanten Gruppe (was die Geschichte der anderen Gruppen zeitweise marginalisiert).

Der Diskurs der „nationalen Wiedergeburt“ wie auch seine Träger (die ehemalige sowjetische/belarussische Intelligenz) befreite sich vom spätsowjetischen Diskurs über die Erneuerung des Sozialismus, mit dem die Perestrojka begann, sowie von der Idee eines sowjetischen Internationalismus, der die frühere Inklusion der verschiedenen ethnischen Gruppen „garantiert“ hatte. Die neue Erinnerungskultur enthielt keine andere Vorstellung vom Umgang mit der sowjetischen Vergangenheit als die ihrer totalen Dekonstruktion.

So entstand die Spaltung der Diskurse – die nicht reflektierten sowjetischen Diskurse und der neue nationale Diskurs (ohne jegliche konstruktive Beimischung), der sofort maximal politisiert wurde, und in diese Spalte ergoss sich das komplexe Gedächtnis-Modell. Der sowjetische Internationalismus hatte sich als Teil des sowjetischen Diskurses disqualifiziert, wenn er auch für sich genommen unter neuen Bedingungen hätte umgedacht werden

können, weil sein moderner Charakter und seine Universalität in gewissem Sinne als Vorläufer der „Globalisierung und des Multikulturalismus“ anzusehen sind. Warum verfolgte man ein solches Umdenken des sowjetischen Internationalismus nicht weiter? Vielleicht, weil es zu der Zeit, kurz nach dem Ende der UdSSR, noch keine „belarussische Geschichte“ gab, kein Meister-Narrativ, das es ja gerade erst zu bilden galt, und die Konzepte einer nationalen Identität noch nicht derartige Schattierungen aufwiesen, wie sie es heute tun.

Am Ende der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden in Belarus keine ernsthaften juristischen Maßnahmen ergriffen, die das Verhältnis zur sowjetischen Vergangenheit reguliert hätten (den spätsowjetischen Prozess zur Rehabilitation der Opfer des Stalinismus ausgenommen, der einigermaßen spezifische Züge aufwies). Die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre aufkommende Welle der Umbenennung sowjetisch lautender Straßennamen verebbte schnell. Im Zusammenhang mit dem Putsch von 1991 wurde die Tätigkeit der belarussischen kommunistischen Partei eingestellt, das Verbot 1993 aber wieder aufgehoben.

Die „Entkommunisierung“ von Belarus verwandelte sich nicht in die institutionalisierte Praxis. Bis zum jetzigen Zeitpunkt kann die Problematik einer erschöpfenden Analyse der sowjetischen Vergangenheit weder in der Geschichtsschreibung noch jenseits ihrer Grenzen (in Politik und der Öffentlichkeit) als abgeschlossen angesehen werden, und das gilt sowohl für die Geschichtsschreibung in Belarus als auch für die akademische Forschung. Es sind ernstzunehmende Probleme bei der Erinnerungsarbeit für die Opfer des Stalinismus zu verzeichnen, da dieser Prozess seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre keine staatliche Unterstützung mehr erhält. Die Erinnerung an den Stalinismus wurde Teil des politischen Diskurses in der UdSSR und der BSSR, und sie wurde als Ressource im politischen Kampf missbraucht, vom Ende der 1980er bis zur Mitte der 1990er Jahre, bis zum Amtsantritt Alexander Lukaschenkos.

Die neue Erinnerungskultur, deren Konturen sich in dieser Periode abzeichneten, enthielt schon an und für sich viele Widersprüche (zwischen den sowjetischen und den nationalen Implikationen), die man zu dieser Zeit nicht hatte auflösen können. Vom Los der Erinnerung an den Stalinismus geben zwei Beispiele beredte Auskunft: 1989 wurde auf staatlicher Ebene die Entscheidung zur Errichtung eines Denkmals Kurapaty getroffen, das aber bis heute nicht realisiert ist (dort stehen lediglich die beiden Gedenkzeichen, die im Wesentlichen auf Initiative nichtstaatlicher Gruppen errichtet wurden). Außerdem gibt es die im Jahr 2005 erstellte „Stalin-Linie“, die wie eine touristische Attraktion bestaunt (aber nicht als politisches Objekt wahrgenommen) wird. Wie einige soziologische Erhebungen nahelegen, hat die Figur Stalins in Belarus jedoch heute keinen derartigen Status, wie sie ihn im benachbarten Russland besitzt (wir stehen ja nicht im Zentrum eines Imperiums, sondern an dessen Peripherie, dies bedingt unseren spezifischen Kontext). Nichtsdestotrotz werden in den heutigen Schulbüchern solche formelhaften Zugänge geboten wie „die Resultate der sowjetischen Modernisierung überwiegen gegenüber dem Gulag“.

Im offiziellen Gedächtnis-Diskurs erfüllt Stalin nicht so sehr die Funktion des „Mörders“ als Held, vielmehr die eines Vertreters der Geschichte der Macht; Kritik an dieser wäre für deren Kontinuität insofern gefährlich, als sie die Grenzen staatlicher Gewalt infrage stellen könnte, die ja grundsätzlich als „notwendig“ erachtet wird.

Die Politisierung der Geschichte (oder auch, wie es der deutsche Historiker Rainer Lindner bestimmt, die Historisierung der Politik) ist in Belarus einer der Schlüsselprozesse bei der Diskussion um die Erinnerungskultur vor und nach dem Zerfall der UdSSR. In der bedingt „demokratischen“ Periode 1991–1994, bis zum Amtsantritt Alexander Lukaschenkos, wurden in der Öffentlichkeit Debatten über die stalinschen Repressionen, das Andenken an das Großfürstentum Litauen und die Belarussische Volksrepublik geführt, es begann eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Eine Genealogie der nationalen Geschichte, die sich weit über die Grenzen der sowjetischen Periode hinauszog, wurde entworfen und vieles mehr. Nach 1994 lässt sich dagegen eine „Resowjetisierung“ der Erinnerungskultur beobachten und ein Teil der aufgezählten Themen verschwindet aus der Öffentlichkeit.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre formiert sich eine Gemeinschaft des Erinnerns und auch Publikationen zu anderen Aspekten des historischen Gedenkens außer des Stalinismus – an den Holocaust, den Afghanistan-Krieg (1979–1989) u. a. erscheinen. Mitte der 1990er Jahre werden Schulbücher herausgegeben, die den nationalen Blickwinkel auf die Geschichte zu fixieren suchen.

1994 kommt Lukaschenko in Belarus an die Macht, und es beginnt der Kampf mit *der* Version der Geschichte, die seine politischen Gegner, die Vertreter der BNF, favorisieren. Nach Meinung des oben zitierten Rainer Lindner lässt sich 1995 eine radikale Spaltung in der Erinnerungskultur in Belarus beobachten: Es bilden sich zwei Kulturen heraus, eine „nationale“ und eine „nichtnationale“ (anationale), mit ihren jeweiligen Ritualen, Kalendern, Helden, Erinnerungsorten... Diese Spaltung führte auch zur Aufteilung der Historiker, ein Phänomen, das von den Historikern Sergej Tokt, Gennadij Saganowitsch und anderen beschrieben worden ist. Letzterer spricht von zwei Arten der Historiographie, der offiziellen (direktiven) und der nichtoffiziellen, die jeweils mit unterschiedlichen Narrativen und Identitätskonstruktionen operieren.

Das Ende der 1980er Jahre war die Zeit der Zerstörung der sowjetischen Identität, und in der Massenkultur traten Erzählungen über die neue Situation auf. 1988 erschien auf allen Leinwänden der Film „Unser Panzerzug“ von Michail Ptaschuk. Die Handlung des Films spielt in der Zeit des „Tauwetters“, der Held (ein „musterhafte Sowjetbürger“, ein Veteran) fährt in die Sommerfrische, wo man in ihm einen ehemaligen Wachmann eines stalinschen Lagers erkennt. Dies führt zu Konflikten mit der Familie und bei der Arbeit, er beginnt zu „lavieren“ auf der Suche nach einer Rechtfertigung seines Lebens und begibt sich dabei zum Roten Platz, dem sakralen sowjetischen Gedächtnisort. Unfähig, den inneren Konflikt zu bewältigen, setzt er seinem Leben ein Ende.

Dieser Suizid ist eine wunderbare Metapher für die Epoche des „Tauwetters“, als nicht auf den Punkt gebracht werden konnte, was der Stalinismus sei, wie auch für die Perestrojka, in deren Verlauf sich keine neue Sprache für die Arbeit mit der Vergangenheit finden ließ, die für die Gesamtgesellschaft akzeptabel war. Es ist eine Metapher für die Unmöglichkeit, neue Fertigkeiten im Umgang mit Gedächtnis, Geschichte und Identität zu entwickeln. Der Held des Films erzeugt als „Wachmann im stalinschen Gulag“ Antipathie, aber in der Rolle dieses Helden fanden sich gewöhnliche Menschen wieder, die in der neuen sich verändernden postsowjetischen Realität für sich keinen neuen Sinn finden konnten. Dieses Ressentiment ist auch der Grund für den Ausgang der Wahlen 1994 in Belarus, in deren Folge Lukaschenko an die Macht kam.

Die Nostalgie in Bezug auf die UdSSR, die ihren Beitrag zur Wahlperiode Mitte der 1990er Jahre leistete, ist auch ein Produkt der ehemaligen Sowjetbürger, denen ihr „historisches Gefühl“ abhanden kam. Einer der einflussreichsten Diskurse der ersten Hälfte der 1990er Jahre ist die Ansicht, dass man die Geschichte „nicht schwarzmalen“ sollte, dass „nicht alles früher nur schlecht war, es auch das Gute gegeben habe“. Die Rückkehr des Autoritären vollzog sich unter dem Vorzeichen der Wiederbelebung des „historischen Gefühls“ (der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg usw.), der sozialen Gerechtigkeit... Die unter Lukaschenko wiedergekehrte „kollektive Würde“ bedeutete den Verzicht auf ihr individuelles Pendant, das auf der Idee der Menschenrechte fußt und nicht auf dem Prinzip einer Rechtsgarantie, wenn die Loyalität gegenüber dem politischen Regime gegeben ist.

Nach der Machtübernahme durch Lukaschenko nahm die Erinnerungspolitik offen undemokratische Züge an: Es erfolgte eine aktive Einmischung und Zensur im Bereich der historischen Bildung (die „weiß-rot-weißen“ Lehrbücher aus der Anfangsphase der Unabhängigkeit wurden verboten), es gab einen Wechsel in der staatlichen Symbolik des Landes, bestimmte Themen wurden in den staatlichen Medien nicht mehr diskutiert u. v. a. m. Nach dem Referendum 2004 war der Prozess der Konsolidierung des autoritären Regimes in Belarus faktisch vollzogen und parallel dazu die staatliche Kontrolle (des amtierenden politischen Regimes) über die Geschichte „wiederhergestellt“. Das Fundament für das vom Lukaschenko-Regime entworfene Modell der kollektiven Identität bildete das Andenken an den „Großen Vaterländischen Krieg“, dessen Kanon sich in der spätsowjetischen Zeit gebildet hatte. Insgesamt lag der Akzent auf der sowjetischen Periode in der Geschichte von Belarus und auf der Kritik an der nationalen Bewegung (ihre Vertreter aus der Zeit um 1990 wurden nun mit den Kollaborateuren/Nationalisten des Zweiten Weltkriegs verglichen).

**In der Periode von 1994 bis 2003 wurde eine offene Resowjetisierung der Erinnerungskultur unter Verwendung des sowjetischen Narrativs der Geschichte und des Erinnerungsmodells vollzogen.**

Gleichzeitig führte die soziale Dynamik in der belarussischen Gesellschaft zu einer Defragmentierung des „sowjetischen Soziums“. Es traten neue soziale Gruppen auf und im Alltagsleben begann man sich, am westlichen Lebensstil zu orientieren. Die soziologischen Erhebungen seit Ende der 1990er bis zur Mitte der 2000er Jahre zeigten einen beachtlichen

Rückgang bei der Anzahl der Belarussen, die sich die Sowjetunion zurückwünschten. Dies war einer der Gründe dafür, warum sich langsam eine Wende in der Innenpolitik und der Erinnerungspolitik in Belarus andeutet.

Das neue politische Regime hatte sich konsolidiert. Es war nun nicht mehr vonnöten, sich auf eine sowjetische Vergangenheit zu stützen, weil das Regime seine eigene Geschichte entwarf. In diesem Fall bildete das Fundament dazu der politische Mythos von den – dank des persönlichen Einsatzes des Präsidenten und des autoritären Regimes – nur minimalen Erschütterungen, die die Belarussen während des sozialen Transformationsprozesses hatten erleiden müssen („eine räuberische Privatisierung war verhindert worden“, „die Arbeit der Fabriken war nicht eingestellt worden“ usw.). Bestandteil dieses Mythos war eine antiwestliche und antikapitalistische Rhetorik. Dieser neue politische Mythos bildete den Boden für das 2003 ins Leben gerufene Projekt einer „belarussischen Staatsideologie“, mit deren Hilfe man eine neue Identität für die belarussische Gesellschaft stiften wollte (der Akzent lag hier auf der Loyalität dem politischen Regime gegenüber und nicht etwa anderen Werten wie der horizontalen Solidarität, den Menschenrechten u. a.).

Der Konstruktionsprozess dieser neuen Geschichte von „Belarus unter Lukaschenko“ enthielt zudem neue Bestimmungen im Verhältnis zur sowjetischen Vergangenheit. Der Äußerung eines der Ideologen des Regimes, des Historikers Jakow Treschtschenok zufolge, war „der Zerfall der UdSSR eine Katastrophe, aber eine unvermeidliche Katastrophe“. Seine Legitimität bezog das neue Regime nun also nicht mehr direkt und ausschließlich auf die sowjetische Vergangenheit, zudem die Zeit von 2003–2008 auch in wirtschaftlicher Hinsicht segensreich war.

Seit Ende des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre, nach einer Reihe wirtschaftlicher Krisen, die den Beginn des Zerfalls des belarussischen „Sozialstaats“ markieren, wurden Verweise auf die sowjetische Vergangenheit noch seltener. Hatte früher das neue Regime die Wiederherstellung der sozialen Standards aus der Zeit der späten Sowjetzeit angekündigt, galten solche Verweise nun nicht mehr nur als unnötig, sondern sogar als „politisch schädlich“, da man die Umsetzung dieser Standards sowieso nicht mehr hätte einlösen können. Faktisch verfolgt man in Belarus nun das Modell eines Staatskapitalismus, unter Beibehaltung der Fassade der „sozialen Absicherung“. Schritt für Schritt „verbourgoisiert“ das Regime im Verein mit der Entstehung eines neuen „Business“, die sowjetische Rhetorik aber bleibt erhalten. In dieser Zeit werden Themen wie Stalinismus und Repressionen, der Zweite Weltkrieg usw., die Ende der 1980er Jahre aufgekommen waren, fast völlig aus der Öffentlichkeit herausgehalten. Auch die Historiker melden sich in der Öffentlichkeit nicht mehr zu Wort.

## **2003–2016: Das Auftreten „neuer“ ideologischer Strategien des politischen Regimes und die Konturen eines neuen Konsenses bezüglich Geschichte und Gedächtnis in Belarus**

Vor dem Hintergrund der sozialen Veränderungen und neuer Probleme zeichnet sich ein Wechsel in der offiziellen Erinnerungspolitik in Belarus ab. Die wichtigsten neuen Strategien des politischen Regimes werden:

- *Appropriation (Übernahme) und Reinterpretation (Umkodierung) des sowjetischen Narrativs der Geschichte und der sowjetischen Gedächtnisorte, allmähliches Verschwinden der „nostalgischen“ Motive*
- *Ausgangspunkt ist nun die Geschichte des eigenen Regimes, nicht nur die Verweise auf die sowjetische Geschichte (Errichtung eigener Gedächtnisorte)*
- *Appropriation und Annahme der historischen Rhetorik früherer politischer Gegner, Einbezug einer Reihe früher „verbotener“ historischer Themen in den offiziellen Geschichtskanon, der vom ideologischen Apparat des Lukaschenko-Regimes zusammengestellt wird (diese Tendenz verstärkte sich infolge des Euromajdans in der Ukraine und der Annexion der Krim durch Russland)*

Die sowjetische Vergangenheit und das sowjetische Erbe dienen immer noch als Symbol-Ressource in der politischen Vorstellungskraft der belarussischen Elite, allerdings werden sie einer „Selektion“ unterzogen, je nachdem, welche Praktiken und Wertvorstellungen für die politische Steuerung gerade passend erscheinen und welche nicht. Falls man nach einer Formel sucht, warum gewisse, von uns als sowjetisch bezeichnete Praktiken sich erhalten konnten, so könnte man dies ungefähr so beschreiben: Ausgewählt werden jene Praktiken, die sich bereits als effektiv erwiesen haben und die es weiterhin erlauben, neue Modelle sozialen Zwangs und Gewaltgebrauchs moralisch zu rechtfertigen, die erst nach dem Zerfall der UdSSR angewandt wurden.

Die Strategien der Anverwandlung der sowjetischen Vergangenheit werden besonders augenfällig bei der Analyse der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im belarussischen Kontext. Eines der Beispiele ist der letzte Saal des im Jahr 2014 errichteten Museums der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, der den Namen „Erben des großen Sieges“ erhielt. Ausgestellt werden hier die Porträts der Machthaber der zeitgenössischen belarussischen politischen und militärischen Elite mit Alexander Lukaschenkos an der Spitze. Das ist ein schönes Beispiel für die Appropriation des sowjetischen Diskurses über den Großen Vaterländischen Krieg für die eigenen politischen Zwecke. Die unlängst vollzogene feierliche Eröffnung der Gedenkstätte im ehemaligen Lager „Trostenez“ spricht ebenfalls dafür, dass wir in Belarus nun eigene Gedächtnisorte haben, die vom jetzigen Regime errichtet werden, wie dereinst die sowjetischen Gedenkstätten Chatyn und die Festung Brest als Ausdruck der Sowjetzeit.

In den 2000er Jahren lässt sich die allmähliche Anverwandlung der oppositionellen Rhetorik seitens der Machthaber und die Umdeutung der Gedächtnisorte beobachten, die früher



Gegenstand politischer Auseinandersetzungen waren. Schritt für Schritt inkorporierte man die Geschichte des Großfürstentums Litauen, einen Teil des nationalen Helden-Diskurses sowie der Geschichte der Belarussischen Volksrepublik und veränderte die Akzentsetzung bei der Behandlung der Geschichte des 19. Jahrhunderts (zum Beispiel heißt der „Vaterländische Krieg des Jahres 1812“ jetzt „Krieg des Jahres 1812“) u. v. a. m.

Größere Veränderungen brachte das Jahr 2014, als nach dem Euromajdan in Kiew die Verhältnisse komplizierter wurden. Das politische Regime vollzog einige Schritte, die eine Reihe von Experten lautstark als „weiche Belarussifizierung“ bezeichneten. Einige Initiativen, die sich im Bereich der Kulturpolitik und der Erinnerungskultur, der Bewahrung ethnokultureller Besonderheiten oder der Pflege der belarussischen Sprache engagierten, wurden nicht länger verboten. Das bedeutete jedoch nicht, dass der Staat nicht weiterhin seine Monopolstellung in Bezug auf die Kulturpolitik behauptete. Durch die Organisation einer Reihe von Veranstaltungen (zum Beispiel eines offiziellen „Tags der Hemden-Stickerei“ anstelle des national-oppositionellen) versuchte er, diesen Diskurs ebenfalls an sich zu reißen. Die politischen Diskrepanzen traten weniger scharf zutage als Mitte der 1990er Jahre und die Wahlen 2015 zeigten, dass die Protestbewegung eine Art „verborgene Dynamik“ entwickelt hat. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine konnte Lukaschenko mehr Zuspruch für seine Politik verbuchen.

Somit kann man den Eindruck haben, dass wir uns jetzt in einem Stadium befinden, wo der „soziale Friede“ im Lande von besonderer Notwendigkeit ist. Eine solche Entwicklung verzeichnen auch die Soziologen. Wenn man den Fokus auf die Frage nach dem historischen Gedächtnis richtet, so lässt sich in der breiten Bevölkerung eine stärkere Annäherung der divergenten Versionen der Geschichte beobachten, die sich in den 1990er Jahren herausgebildet hatten (Lastoŭski und Jefimowa, 2013).

Dennoch steht zu vermuten, dass die Überwindung der Spaltung der Erinnerungskultur in Belarus bei weitem nicht bedeutet, dass dies das Auftreten unterschiedlicher Formen des „verpflichtenden Gedächtnisses“ (P. Ricoeur) beinhaltet. Eher lassen sich die Konturen dessen ausmachen, was man als einen konservativen Konsens bezeichnen könnte, wenn die Machthabenden und ihre politischen Gegner nun mehr Gemeinsamkeiten pflegen als zuvor. Um die Mechanismen des neuen Konsenses zu verstehen, ist es unerlässlich, über die historische Argumentation der Gegner Lukaschenkos zu sprechen.

Für die Opposition gegen das Lukaschenko-Regime ist die Geschichte, wie man es ihren Texten und Reden entnehmen kann, vor allem ein politisches Narrativ, in dem Vergangenes und Gegenwärtiges in einander fließen. Ihr Bild der Vergangenheit hat sich gemäß der Dokumente der oppositionellen politischen Parteien Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre so entwickelt: hauptsächliche Orientierung auf einen ethnozentrischen Blickwinkel auf die Geschichte, antikolonialistisches Pathos, antitotalitäre Botschaft, feststehende Vorstellungen von den „Anderen“ (zunächst Russlands und/oder Polens). Für dieses „politisch“ geprägte Geschichtsbild sind weiterhin Verweise u. a. auf die Geschichte des Großfürstentums Litauen, auf die Zeit des antiimperialistischen Widerstands im 19.

Jahrhundert und auf den nationalen Helden-Diskurs charakteristisch. Gleichzeitig ist das Thema Holocaust „unsichtbar“, es gibt Versuche, die Problematik des Individuellen unter der Sowjetherrschaft zu banalisieren bis hin zur Ignoranz gegenüber einer Geschichte der Opfer als Individuen während der stalinschen Repressionen. (Erst in letzter Zeit schenkt man der jüdischen Kultur der Zwischenkriegszeit mehr Aufmerksamkeit, es werden z.B. Listen von Mitgliedern der belarussischen Intelligenz abgedruckt, die in den 1930er Jahren erschossen worden waren usw.)

Die kürzlich in Belarus entstandene „Mitte-Rechts-Koalition“ (darunter die früheren Partner Vereinigte Bürgerpartei (OGP), die Belarussischen Christlichen Demokraten (BCD) und die Bewegung „Für die Freiheit“) orientiert sich an eben diesen Vorstellungen. Die OGP unterstützt Maßnahmen antistalinistischen und antikommunistischen Charakters, einerseits mit ihrer Petition zur Durchführung eines öffentlichen Tribunals über den Stalinismus und andererseits mit ihrer faktischen Unterstützung der Ende der 1980er Jahre entwickelten Vorstellung von der „genozidalen Politik“ gegenüber den Belarussen auf nationaler und kultureller Ebene über einen langen Zeitraum hin. Die Bewegung „Für die Freiheit“ führt Aktionen durch, die an den antirussischen Aufstand von 1863–64 erinnern, – das „Kalinouski-Jahr“ –, wobei nur wenig über den ausgedehnten sozialen Kontext dieses Aufstandes zur Sprache kommt. Unter Beteiligung anderer Parteien und Aktivisten wird die Veranstaltung „Tschernobyl-Weg“ wie in den späten 1980er Jahren durchgeführt, obwohl die damit verbundenen Losungen und Aufrufe schon weit entfernt von den Ereignissen von 1986 sind. Der „historische Teil“ dieser Parteiaktivitäten und Strömungen erzeugt damit ein relativ eindimensionales Modell der Erinnerungskultur, das von ihren Anhängern geteilt werden soll.

Das Programm einer weiteren Partei, der Belarussischen Nationalen Front, ist ebenfalls gänzlich auf der Rhetorik der Periode der späten 1980er bis zur ersten Hälfte der 1990er Jahre aufgebaut: "Wie auch unsere Nachbarn hat Belarus im 19. und 20. Jahrhundert eine Periode des Niedergangs, der Kolonisierung, unzähliger Kriege, unzähliger menschlicher Opfer und Repressionen von Seiten totalitärer Regime erlebt. Die BNF "Wiedergeburt" baut ihre Tätigkeit auf dem auf, was unsere großen Vorfahren erreicht haben, die für Freiheit, die Eigenstaatlichkeit, die Wiedergeburt von Belarus kämpften: Das sind die polnischen Fürsten und Vytautas der Große, Francysk Skaryna und Lew Sapieha, Tadeusz Kościuszko und Kastus Kalinowski, die Gründungsväter der Belarussischen Volksrepublik und Janka Kupala."

Die von der BNF abgespaltene Konservativ-Christliche Partei (KCP BNF) verwendet ebenfalls frühere Losungen unter Einschluss einiger neuer Begriffe: „Die Wiedergeburt“ ist die Ideologie der belarussischen nationalen Befreiungsbewegung, die gegen den russischen Imperialismus und den Kolonialismus kämpft (und historisch gegen die antibelarussische Assimilierungspolitik der Polen in den Jahren 1921–1939 kämpfte) und auf eine nationalkulturelle Wiedergeburt der belarussischen Nation und die Bildung eines unabhängigen belarussischen Staates zielt. Die Ideologie der belarussischen "Wiedergeburt" entstand Anfang des 20. Jahrhunderts durch Vertreter der belarussischen nationalen Befreiungsbewegung, aber die nationale Entwicklung wurde durch die 73 Jahre währende

bolschewistisch-russische Okkupation gebremst. Heute ist der belarussische Staat gezwungen, gleichzeitig sowohl Probleme, die postkommunistischer und postsowjetischer Natur sind, zu lösen (wie z. B. die Fragen der Macht, der Staatlichkeit, der Souveränität, der Demokratie, der ökonomischen Reformen) als auch Probleme, die aus dem Kolonialismus entstanden sind (Fragen des Nationalbewusstseins, der belarussischen Staatssprache, der Einrichtung von belarussischen Schulen, der Wiedergeburt des nationalen Gedächtnisses, der Entwicklung der belarussischen Kultur und anderes).“ Interessant dabei ist, dass, wenn der hauptsächliche Gegner der KCP BNF im traditionellen Sinne die Kommunisten waren, es heute auch die Liberalen sind.

Eben diese Parteien, in deren Führungsebene Personen mit sexistischen und homophoben Ansichten vertreten sind (während sie sich als Verteidiger der Menschenrechte wähen), konzentrieren sich aktuell auf die Vorstellung einer europäischen Integration Belarus (eine Idee der 1990er), deren Gestalt jedoch aus einer konservativen Perspektive interpretiert wird – das heißt, ein Europa ohne Migranten, in dem „traditionelle Werte“ noch erhalten sind (keine Homo-Ehen erlaubt sind usw.) Ein liberales Europa ist nicht akzeptabel.

In der Ablehnung liberaler Wertvorstellungen und im Rahmen eines konservativen Konsenses können das aktuelle politische Regime und seine Gegner sehr wohl übereinstimmende Punkte finden. Sowohl die Regierenden als auch die politische Opposition konzipieren ihre Erinnerungspolitik um die „Idee von der Unabhängigkeit“ Belarus', die niemand in Frage stellt. Eben solche Übereinstimmung herrscht in Fragen des Großfürstentums Litauen oder der kurzen Periode der Belarussischen Volksrepublik.

Das vom politischen Regime propagierte Modell einer Erinnerungskultur ist an einer „herrschaftlichen“, patriarchalen Geschichte der Macht – und nicht etwa der Gesellschaft – orientiert, an strikt konservativen Wertvorstellungen. Die Machthabenden und ihre politischen Gegner finden aber aktuell keine Übereinstimmung bei der Bewertung der Geschichte der Sowjetzeit, des Zweiten Weltkriegs und der Problematik der historischen Rolle Russlands. Immerhin ergeben sich damit heute schon viel weniger „Problemzonen“ als es früher, Ende der 1980er bis zum Beginn der 1990er Jahre, der Fall war. Wie wird sich die Situation weiterentwickeln? Das hängt sowohl vom innenpolitischen als auch vom außenpolitischen Kontext ab.

*Darüber hinaus darf man wohl behaupten, dass der Geschichte als Problemfeld von den politischen Akteuren kaum eine entscheidende Bedeutung bei der Konzeption politischer Strategien beigemessen wird. Dabei geht es weniger um ein „Streben nach Wahrheit“, sondern eher um die Mittel, diese aufzuoktroyieren, indem man auf einem Identitätsmodell beharrt, das für alle verbindlich sein soll. Sowohl die Machthabenden als auch ihre Gegner greifen zu unterschiedlichen Formen symbolischer Gewalt bei dem Versuch, ihre Version der Geschichte zu erzählen, bei der sie das Andenken an diejenigen auslöschen, die nicht in sie hineinpassen.*

Diejenigen, die im Apparat des Lukaschenko-Regimes die Deutungshoheit über die Geschichte beanspruchen, und diejenigen, die zumindest formal als Vertreter des

gegnerischen Lagers anzusehen sind (besonders die Vertreter der konservativen Opposition), können merkwürdigerweise mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede in ihren Ansichten aufweisen. Und wenn wir von einem Konsens bezüglich der Erinnerungskultur sprechen, der sich allmählich in Belarus formt, dann ist es von Bedeutung, wie dieser Konsens genau ausfällt – konservativ oder liberal. Nicht zu vergessen, es geht um ein zentrales Problem, die Grundlage des Konsenses, die Institutionalisierung der Menschenrechte in der heutigen Belarus.

Ein kontextueller Vergleich mag hier angebracht sein. Im Nachkriegsdeutschland wurde über einen sehr langen Zeitraum ein Gedächtnis-Modell herausgebildet, das Aleida Assmann und andere Theoretiker als „neue Erinnerungskultur“ bezeichnet haben. Die normative Grundlage dieses Modells bildet die Idee der Menschenrechte, zudem ethische und politische Fragen nach „Schuld und Verantwortung“ (im Falle einer kritischen „Internalisierung“, des Einschlusses der negativen Erinnerungen an Vergangenes, unter anderem das Erinnern an den Nationalsozialismus).

Ist eine solche Arbeit an der Vergangenheit für Belarus denkbar? Das erste Problem stellt der unterschiedliche Kontext für die Erinnerung dar: Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg verloren, die UdSSR und die Alliierten gewonnen. Daher ist es heute außerordentlich schwierig, das von der UdSSR konzipierte und Belarus vererbte „Helden-Modell“ der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg mit den negativen Aspekten des Kriegsgedenkens zu vereinigen und dabei noch die „nationalen“ von den „sowjetischen“ Komponenten zu sondern. Im benachbarten Russland zeigt sich dieser Konflikt in den Massenaktionen des „Unsterblichen Regiments“ (Erinnerung an die Gefallenen im Zweiten Weltkrieg und den Sieg) und der mit zahlenmäßig weit geringerer Beteiligung agierenden Initiative „Die letzte Adresse“ (Gedenken an die Opfer der stalinschen Repressionen).

Das zweite Problem stellt die schwach ausgeprägte Institutionalisierung der Idee der Menschenrechte im heutigen Belarus dar (wie oben bereits erwähnt wurde, trifft dies charakteristischerweise sowohl auf das politische Regime als auch – in geringerem Maße - auf die Opposition zu).

Die schwach ausgeprägte Institutionalisierung der Idee der Menschenrechte führt dazu, dass bei dem Entwurf eines Gedächtnis-Modells der Akzent verschoben ist – weg von den unterschiedlichen individuellen bzw. gruppenspezifischen Problemen der historisch Beteiligten und ihrer komplexen Geschichte hin zu Versuchen, eine allgemeine und „allgemeinverbindliche“ und damit notwendig vereinfachte Geschichte zu konzipieren.

Inwieweit ist in Belarus heute ein Diskurs über „Schuld und Verantwortung“ gegenüber der Vergangenheit möglich? Das zentrale Problem stellt hier der Kampf des Opfer-Narrativs mit der Idee von der Verantwortung und der kritischen Arbeit mit der eigenen Vergangenheit dar.

Alle politischen Akteure in Belarus möchten der „historischen Verantwortung“ ausweichen. Die Vertreter der Macht brachten dies offen zum Ausdruck, als sie für sich Ende der 2000er

Jahre entschieden hatten, öffentlich über die stalinschen Repressionen zu sprechen. Einer der führenden Ideologen, der Redakteur der Zeitung „SB-heute“, Pawel Jakubowitsch, schrieb dort 2009 im Editorial Folgendes: „Unser Land ist der historische Nachfolger des sowjetischen Staatssystems. Der historische, aber nicht der rechtliche. Und daher trägt die Republik Belarus als Staat keinerlei juristische Verantwortung für jedwede Ereignisse, die sich in der Vergangenheit auf seinem Territorium zugetragen haben.“ Die Vertreter der politischen Opposition verweisen auf den russischen Imperialismus und die sowjetische Okkupation und klammern dabei alles aus, was sich jenseits dieses ideologischen Diskurses ereignet hat. So leben wir alle nun schon „im Autoritarismus“, für den das Regime und seine ausländischen Unterstützer die alleinige Verantwortung tragen, wir jedoch nicht.

### **Einige Schlussfolgerungen**

In der zeitgenössischen Erinnerungskultur in Belarus erkennen wir noch immer die Spuren der Spaltung aus der Mitte der 1990er Jahre, von der Rainer Lindner gesprochen hat. Zugleich bemerken wir aber schon einige Beispiele einer Neukonfiguration der Erinnerungskultur, der Verschmelzung zweier ihrer Versionen im Rahmen eines Konsenses und der Idee eines „gesamtnationalen“ Gedächtnisses. Hierbei bleiben eine Reihe schwerwiegender Probleme erhalten:

- Wie stark ethnozentrisch fällt das „gesamtnationale“ Gedächtnis aus? Ist ein offenes inklusives Modell dieses „gesamtnationalen“ Gedächtnisses möglich? (Bis heute wird beispielsweise das Erinnern an den Holocaust in Belarus als ein „paralleler“ Diskurs zu anderen Gedächtnis-Diskursen angesehen, obwohl wir über dieses Thema schon mehr wissen als vor 20 oder 30 Jahren.)
- Wird man der Versuchung einer „Hierarchie der Leiden“ erliegen oder gleichermaßen das Andenken an unterschiedliche ethnische Gruppen pflegen (Belarussen, Juden, Roma etc.)? Wie gut wird es möglich sein, die Anderen nicht zu ignorieren, und wer wird für diese Anderen eintreten?
- Die freie und kritische Erörterung einer Reihe historischer Themen der sowjetischen und postsowjetischen Perioden (die Thematik des Zweiten Weltkriegs, des Stalinismus, des Afghanistan-Kriegs, der Tschernobyl-Katastrophe u. v. a. m.) stellt ein Problem dar, was die Problematik der Nichtzugänglichkeit einer Reihe von Archiven einschließt.
- Die kritische Beschreibung der politischen Zeitgeschichte vom Beginn bis zur Mitte der 1990er Jahre wird in der offiziellen Erinnerungskultur tabuisiert.
- Es mangelt an der erforderlichen Aufarbeitung traumatischer historischer Erfahrungen und der Arbeit mit Personen, die von ihnen betroffen sind.
- Das zeitgenössische Belarus hat mit dem Phänomen „widerstreitender /konkurrierender“ Gedächtnisse zu kämpfen. (Im Einzelnen geht es um das Problem der Integration des Erinnerns an den Holocaust, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Befürwortern und Gegnern des Sowjetregimes usw.) Es stellt sich damit die Frage, was getan werden muss, damit wir über eine „multiperspektivische“ Konzeption

der Erinnerung verfügen (Michael Rothbergs „multidirectional memory“), bei der den unterschiedlichen Gruppen (Akteuren) die sinnlose Konkurrenz und der Kampf um allgemeine Symbol-Ressourcen erspart und ein Dialog in Gang gebracht würde?

Was ist zu unternehmen, damit diese Probleme nicht zu „Opfern“ politischer Strategien werden? Eines der Mittel stellt die Unterstützung der wissenschaftlichen Infrastruktur in den historischen Disziplinen in Belarus dar. Es gibt bereits Projekte wie die Zeitschrift „ARCHE“, den BGA (Belarussische historische Umschau), den Almanach „Homo historicus“, ein Projekt zur Arbeit mit Materialien zur *oral history*, das „Belarussische Archiv für oral history“, Projekte, die als Vermittler zwischen Staatsstrukturen und unabhängigen Projekten auftreten, wie die „Geschichtswerkstatt“ u. v. a. m. Es gibt zudem Versuche, Elemente freier historischer Bildung in Form pädagogischer Projekte umzusetzen: im „Belarussischen Kollegium“, im „European College of Liberal Arts in Belarus“ und der „Fliegenden Universität“. Es existieren auch regionale Historiker-Gruppen und einzelne Historiker für bestimmte Regionen (in Grodno, Mogiljow usw.), die versuchen, historische Themen frei zu diskutieren. Und noch ein letztes Instrument sei erwähnt, die Einführung einer unabhängigen Prämie für die beste historische Monographie vom Kongress der Belarus-Forscher in Kaunas. Von den jüngsten Entwicklungen bleibt mir noch, auf die digitale Präsenz von historischen Projekten, die Schaffung einer online-präsentierten Geschichte zu verweisen.

Wenn wir die äußeren Faktoren in den Blick nehmen, so muss man eine aktive Einmischung in die Erinnerungskultur von Belarus durch Russland verzeichnen (dessen diplomatische Repräsentanten im Land sich zu diesem Thema offiziell geäußert haben), im gegebenen Fall handelt es sich um direkte Einflussnahme. Und man sollte auch über den Beitrag der Politik und der Wissenschaft aus Polen, Litauen, der Ukraine und Deutschland sprechen. Gemeint sind die Bildungsveranstalter, die Veranstaltungen, Ausstellungen, Unterstützung für Publikationen bestimmten Charakters usw. organisieren.

In jedem Land geht es dabei um die Lösung bestimmter Probleme. Im Falle Litauens geht es um die „Kriege“ und die Dialoge über das historische Erbe des Großfürstentums Litauen. Im Falle Polens geht es sowohl um die „lokale“ Interpretation der Geschichte der *Rzeczpospolita* und der „Polonisierung“ als auch um die Streitigkeiten über die Geschichte des belarussischen Westens als Teil der Zweiten *Rzeczpospolita*, weiterhin um Identitätsstreitigkeiten innerhalb von Belarus, seit die „Karta polaka“ vom Sejm verabschiedet und an Polen und Polinnen im ehemaligen Gebiet der UdSSR ausgegeben wurde.

Wenn man über die Erinnerungskultur in Belarus insgesamt spricht, so kann man die Entwicklung von den 1990er bis zu den 2000er Jahren gleichzeitig sowohl in negativem als auch in positivem Lichte sehen: Einerseits hat das politische Regime den öffentlichen Dialog über eine Reihe von historischen Themen blockiert, andererseits ist eine zeitliche und intellektuelle Distanz entstanden, die es erlaubt, abgeklärter über diese Themen zu sprechen.

Die zentrale Frage ist die nach der Autonomie des historischen Gedächtnisses von der Politik, insofern sie im belarussischen Kontext möglich ist: Wird es gelingen, dem Problem der Erinnerung auf der normativen Grundlage der Menschenrechte einen eigenständigen Wert

zuzugestehen und das Gedächtnis und die Geschichte nicht zu einem Instrument zur Lösung politischer Probleme zu verwandeln?

Bei alledem ist es offensichtlich, dass die autoritären Methoden zur Kontrolle über die Geschichte nicht mehr so effektiv sind wie noch zu Zeiten der UdSSR. Jedoch kann die scheinbare Schwäche des Autoritarismus zur Katastrophe führen, zum Auftreten neuer „blinder Flecken“, von *lacunae* im nationalen Gedächtnis und der Historie, wenn die unabhängige wissenschaftliche Infrastruktur in Belarus, die heutzutage als Hauptkraft der Veränderungen anzusehen ist, keine weitere Unterstützung erfährt.

*Übersetzung aus dem Russischen: Dr. Jessica Kravets*